

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Gesamt Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Leipzig 21368.
Groschasse Riesa Nr. 52.

Nr. 234.

Donnerstag, 7. Oktober 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abholung am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43. und letzte Seite (7 Spalten) 1.10 Mark, Octopreis 1.— Mark; zeitweiliger und tabellarischer Satz 10%, Kufftag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlung und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Fleischversorgung in der Woche vom 3. bis 10. Oktober 1920.

Der Kommunalverband hat bei den Fleischern für die in die Kundenliste eingetragenen Personen über 6 Jahre 125 gr Personen unter 6 Jahre 62 gr

Kindergesetzfleisch freigegeben.
Die Belieferung erfolgt nur insoweit, als obige Menge nicht in Frischfleisch ausgegeben werden kann.
Der Preis beträgt Mk. 0.25 für das ausgewogene Pfund.
Großenhain, am 6. Oktober 1920.
943 e V. Die Amtshauptmannschaft.

Bekanntmachung.

Vom Bezirksverband Großenhain ist Herr G. Lindenberg als **Ungekletterter des Bezirksverbandes für Obstbauangelegenheiten** in Pflicht genommen worden.
Der Genannte steht den Städten, Gemeinden und Gutsbesitzern wie auch einzelnen Besitzereingekerkerten zur Beratung und Besichtigungen in Obstbauangelegenheiten unentgeltlich zur Verfügung. Insbesondere wird dessen Hilfe sehr bei der Bestimmung der Obstsorten von Wert sein.
Herr Lindenberg expediert in der Amtshauptmannschaft.
Großenhain, am 2. Oktober 1920.
639 a A. Die Amtshauptmannschaft.

Gefinnungsumschwung in Frankreich?

Seit der Rede des Staatssekretärs Bergmann nach Paris und der Unterhaltung, die der deutsche Botschafter Dr. Mayer mit dem französischen Ministerpräsidenten bei seinem Antrittsbesuch hatte, ist die Pariser Presse auf einen auffallend anderen Ton gestimmt, als bisher. Sie bemüht sich offenbar, dem guten Willen Deutschlands zur Erfüllung des Versailler Vertrages gerecht zu werden und scheint sich Mühe zu geben, an ein erzieherisches Zusammenarbeiten der beiden Nationen zur Wiederherstellung der zerrütteten europäischen Volkswirtschaft zu glauben. Man merkt ihre freilich trostlose, daß sie von ihren übertriebenen Hoffnungen auf die großen finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen Deutschlands nicht verzichten möchte, und die Angst vor einer Zukunft, in der man nicht restlos alle Lasten und Mühen auf das besiegte Deutschland abwälzen könnte, ist überall deutlich zwischen den Zeilen zu erkennen. Man kann eigentlich nicht annehmen, daß die Versicherungen Dr. Mayers an diesem Umschwung Schuld sein könnten, denn er hat nichts anderes gesagt, was die deutsche Regierung sowohl wie die deutsche Presse in ihrer überwiegenden Mehrheit von Anfang an betont haben: „Daß es uns nämlich durchaus ernst ist mit der Erfüllung des Friedensvertrages, erntet bis zur Grenze der Möglichkeit.“ Aber grade über diesen Begriff des Möglichen gingen die Ansichten bisher weit auseinander, denn die französische Presse wollte absolut nicht glauben, daß wir nicht mehr das reiche Land von ehemals sind, und daß man sich in Paris ganz übertriebene Vorstellungen von unserer Leistungsfähigkeit macht. Auch wenn Herr Millerand immer wieder betonte, daß der Friedensvertrag von uns bis auf den letzten Buchstaben erfüllt werden müßte, so ließ dieses Wochen auf die französischen Vertragsrechte jede Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse vermissen. Der Punkt, um den sich der Streit bisher drehte, ist doch nur der, daß auf der einen Seite der Friedensvertrag unmögliches von uns verlangt und daß wir auf der anderen Seite mit dem besten Willen nicht genug geben können, um Frankreich die durch den Krieg angerichteten Schäden vergessen zu lassen. Wenn nun die französische Presse in einem anderen Ton spricht, so geht man wohl nicht fehl, wenn man sich dabei an die Nachricht erinnert, die dieser Tage aus Paris kam, daß nämlich der Präsident der französischen Republik beschlossen habe, fortlaufend die Pariser Presse über seine Absichten zu informieren. Es scheint also, daß er ihr bei der ersten dieser Besprechungen die Mahnung mit auf den Weg gegeben hat, nicht durch ausschließliche Beschäftigung gegen Deutschland die Möglichkeit einer Verständigung von vornherein zu untergraben. Wenn das der Fall wäre, so wäre allerdings ein großer Fortschritt für uns zu verzeichnen, und wir könnten die berechtigte Hoffnung hegen, daß ein wirklicher Friede, ein Friede der Weltinnigkeit in absehbarer Zeit auch zwischen Frankreich und Deutschland an die Stelle des latenten Kriegszustandes treten wird. Wir können letzten Endes Leistungen nur noch durch unsere Arbeit, nicht aber durch unser Vermögen, das nicht mehr vorhanden ist, bestreiten. Der Deutsche kann arbeiten, wenn er will. Und wir wollen, weil wir müssen. Wenn die Franzosen das einsehen und danach handeln, dann ist der Weg zu einer verträglichen Zukunft gebahnt.

Von der Brüsseler Konferenz.

Wasas bestätigt, daß die Finanzkonferenz erst am heutigen Donnerstag ihre Sitzungen wieder aufnehmen wird, da die Ausschüsse am Dienstag in ihren Verhandlungen ihre Entscheidungen nicht ganz präzisieren konnten. Die von der Weichselkommission angenommene Formel soll den Regierungen lediglich empfehlen, nicht mit künstlichen Mitteln zur Lösung der Handelskrise zu intervenieren, sondern den Handel selbst die Mittel zur Lösung ausfinden zu lassen. Die gleiche Tendenz für den freien Verkehr enthalten die Empfehlungen der Kommission für den internationalen Handel und des Ausschusses für internationale Kredite. Die Frage der Organisation der internationalen Kredite bildet die größte Schwierigkeit der Stunde. Sie verzögert auch den Abschluß der Konferenz, und zwar sie allein. Zwei Projekte hatten diesbezüglich vorgelegen. Als die Kommission diesen abgelehnt hatte, wurde ein dritter Vorschlag, eine Zusammenfassung von Empfehlungen, entworfen und angenommen, nach dem ein von der Kommission ernannter Ausschuss die Ausgaben des Völkerbundes für die einzelnen Staaten verteilt, und zwar soll der Vorschlag vor-

liegen, diese Ausgaben nach dem Verhältnis der Militärausgaben der beteiligten Länder festzusetzen.

Eine neue Note der Entente.

Der Vorkonferenzrat in Paris hat in seiner Sitzung am Dienstag unter dem Vorsitz von Jules Cambon beschlossen, das Verhalten eines dänischen Dampfers am Ausgang des Nord-Ostsee-Kanals als eine Verletzung des Artikels 380 des Friedensvertrages zu betrachten. Dieser Artikel gewährleistet allen Mächten im Kriegsfall wie im Frieden die freie Durchfahrt durch den Kanal. Der deutschen Regierung soll eine Note in dieser Angelegenheit überreicht werden. — Anmerkung von W. T. B.: Die schon wiederholt mitgeteilt worden ist, steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß das im Artikel 380 des Friedensvertrages vorgesehene Recht der freien Durchfahrt durch den Ästerr Kanal nicht ausschließt, daß beim Verkehre von Handelschiffen durch den Kanal die deutschen Neutralitätsvorschriften zur Anwendung gebracht werden.

Erste Lage in der Slowakei.

Die tschechische Regierung bereitet die Verhängung des Ausnahmezustandes in der Slowakei vor, so sowohl die landwirtschaftlichen, als auch die industriellen Arbeiter streiken. Es wird behauptet, daß ungarische Agitatoren die Bevölkerung aufwiegeln. Außerdem herrscht Erbitterung, weil ein Alkoholverbot erlassen worden ist. Zwischen der Bauernschaft und den tschechischen Regierungsbeamten herrscht leidenschaftliche Feindschaft. Auch in Tschechien ist die innerpolitische Lage infolge der Übergriffe der Kommunisten in Prag sehr ernst, und der Ministerpräsident Tuzsa muß seine beabsichtigte Berliner Reise aufgeben oder aufschieben, um in diesen gefährlichen Tagen die Lage der Sozialisten gegenüber den Kommunisten zu beurteilen. Die Kommunisten sind äußerst erbittert, weil der Karlsbader Parteitag der Sozialisten den Beitritt zur Dritten Internationale abgelehnt hat. Nach einer Meldung aus Prag soll die Regierung der Tschechoslowakei die militärische Hilfe Frankreichs erbeten haben.

Die Spaltung in der U. S. P. D.

Die „Freiheit“ veröffentlicht in ihrer heutigen Nummer ein Schreiben der Pressekommission der U. S. P. D., in dem die Geschäftsleitung des Blattes aufgefordert wird, den Redakteuren Müller, Herz, Trebesch, Prager, Kabisch, Seidel, Stein, Leid, Wielepp und Dahlke mit der Maßgabe zu kündigen, daß sie ihre Tätigkeit mit der Feststellung der Donnerstag-Morgenausgabe einzustellen haben. Die Geschäftsleitung lehnt dies ab und weist darauf hin, daß es sich hier um einen Versuch handelt, die „Freiheit“ in die Hand der Kommunisten zu bringen. Weiter heißt es dann in der „Freiheit“: „Wie uns mitgeteilt wird, sind Gerüchte im Umlauf, nach denen die „Freiheit“ gewaltsam besetzt werden soll. Wir wissen nicht, ob dieses Gerücht den Tatsachen entspricht, das eine aber muß bei dieser Gelegenheit ausgesprochen werden, es wäre der härteste Schlag, den das Proletariat erleiden würde, wenn der bisherige Selbstzerstückelung der Arbeiterklasse noch ein mit dem höchsten Mittel der Gewalt geführter Bruderkrieg hinzugefügt werden sollte.“

Der Streit im Berliner Zeitungsgewerbe.

Die Telegraphen-Union erfährt über die Verhandlungen der streikenden kaufmännischen Angestellten aus dem Zeitungsgewerbe vor dem Schlichtungsausschuss, von den Arbeitgebern seien die Forderungen abgelehnt worden; der Streik dauert an. — Vom Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe wurde am Mittwoch nachmittag beschlossen, Seger, Drucker, Falser, Fahrer usw. nunmehr vor die Entscheidung zu stellen, ob sie ihre Arbeit vollständig verrichten wollen oder nicht. Da das technische Personal an seiner Arbeitsverweigerung festhält, haben sich die Berliner Zeitungsverleger zur Entlassung des gewerblichen Personals gezwungen. Die Zeitungen können daher bis auf weiteres nicht erscheinen.

Neue Lohnforderungen im Bergbau.

Eine Konferenz der vier der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Bergarbeiterverbände, die Mittwoch in Bochum stattfand, befaßte sich eingehend mit der Regelung der Lohnfrage im Bergbau. An den Reichsarbeitsminister Braun

Griechkartenausgabe.

Die Ausgabe der Griechkartenausgabe für
a) Schwangere vom Anfang des 7. Schwangerschaftsmonats an
b) stillende Mütter bzw. Wöchnerinnen
erfolgt nach Vorlegung entsprechender Bescheinigung der Hebamme bzw. des Arztes
Freitag, den 8. Oktober 1920, nachm. 2—4 Uhr
im Rathaus, Lebensmittelzentrale, Zimmer Nr. 15.
Der Rat der Stadt Riesa, am 6. Oktober 1920.

Milchmarkenausgabe.

Die Ausgabe der Vollmilchmarken auf die Zeit vom 11. Oktober bis 7. November 1920 findet
Freitag, den 8. Oktober 1920, nachm. 2—4 Uhr
in den bekannten Ausgabestellen im Rathaus statt.
Der Rat der Stadt Riesa, am 6. Oktober 1920.

Am Sonntag, den 10. Oktober 1920, von vormittags 8 Uhr ab, sollen ca. 17 Morgen Stoppelflocken parzellenweise verkauft werden. Treffpunkt: Gutsbohl.
Merzdorf, am 6. Oktober 1920. Die Ritterausverwaltung Merzdorf.

Anzeigen

für die abends erscheinende Ausgabe des Riesauer Tageblattes werden bis spätestens früh 9 Uhr (möglichst tags zuvor) erbeten. Geschäftsstelle des Riesauer Tageblattes, Goethestr. 59.

wurde folgendes Telegramm gesandt: Die Konferenz der vier Bergarbeiterverbände erwartet im Hinblick auf die steigende Erregung in Bergarbeiterkreisen sofortige Regelung der Lohnfrage. Bedarfsartikel steigen dauernd im Preise; Lohnhöhung muß sofort erfolgen.

Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium in der Bergarbeiterfrage wurde auf die Erklärung der Bergbauindustrie hingewiesen, daß sie außer der bereits für September zu zahlenden 4.50 Mark Sonderzulage pro Schicht eine weitere Lohnhöhung ohne Kohlenpreiserhöhung nicht auf sich nehmen könne. Das Reichsministerium hat sich einmütig gegen eine Kohlenpreiserhöhung ausgesprochen. Es müßte auf der ganzen Linie auf Abbau der Preise hingewirkt werden; die Verhandlungen wurden schließlich auf den 18. Oktober vertagt.

Keine Lohnbewegung des Silesener Bergarbeiterverbandes. Zur gestrigen Meldung eines Silesener Bergarbeiterverbandes wird von unrichtiger Seite in Silesen mitgeteilt, daß dort von einer solchen Bewegung nichts bekannt sei.

Generalstreik der belgischen Bergarbeiter.

Der Generalstreik der belgischen Bergarbeiter wurde proklamiert. Gegen 60000 Arbeiter sind in den Ausstand getreten. In den Grubenbezirken von Mons wurden von den Arbeitern Kohlenzüge angehalten und in die Luft gesprengt. Militär ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach den Grubenbezirken abgegangen.

Ein technisches Parlament in Italien.

Die „Epoca“ hört, daß Arbeitsminister Labriola einen Gesetzesentwurf wegen Umgestaltung des Obersten Arbeiterrates einbringen, der dem politischen Parlamente ein technisches mit über 150 Mitgliedern zur Seite stellt, die aus Verhältnismäßig der Unternehmer und Arbeiter hervorgehen sollen; dies Arbeitsparlament soll nicht nur beratend, sondern auch gesetzgebend in allen Fragen der Arbeitsordnung und Arbeitsbedingungen wirken, alle Verfügungen über Arbeiterangelegenheiten erörtern und alle Fragen hinsichtlich der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern prüfen. Es soll in eine Abteilung für Handel und Industrie und in eine für Landwirtschaft geteilt und einen ständigen Ausschuss für Vorbereitung und Durchführung von Gesetzen und zur Ausarbeitung von Ausführungsbestimmungen zu Arbeiterkreisen bilden.

England verlangt Bürgschaften von Rußland.

Nach einer Londoner Meldung hat die englische Regierung binnen einer noch festzusetzenden Frist angemessene Bürgschaften von der Sowjetregierung wegen der englischen Gefangenen, der bolschewistischen Propaganda und anderer Fragen verlangt. Die englische Regierung weicht sich bestimmt, dem diplomatischen Vertreter des Völkervereinigungsausschusses, die Verhandlungen über Handelsbeziehungen und andere Fragen fortzusetzen, wenn die Bürgschaften nicht zum bestimmten Termin gegeben werden. Die Sowjetregierung hat Krassin alle Befugnisse in politischen und Handelsfragen übertragen, die Namenew befehlen hat.

Wie die „Daily Mail“ erfährt, hat die Sowjetregierung auf das am letzten Montag überreichte Memorandum der englischen Regierung bereits Antwort erteilt. Krassin sei bevollmächtigt worden, über alle schwebenden Fragen, sowohl politische als auch Handelsfragen, zu unterhandeln. Das Blatt will aber wissen, daß die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen innerhalb des Kabinetts Meinungsverschiedenheiten veranlaßt habe. Krassin habe vorgeschlagen im Common Office vorgeschrieben.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.
Der Streik in Wobbit beendet. Der Streik der Kohlenbeizler im Wert Wobbit der städtischen Elektrizitätswerke ist beendet. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Die Abgabe von Strom aus dem Wobbit Wert sollte noch im Laufe des gestrigen Abends erfolgen. Die Arbeitszeit des in dem Kesselhaus 1 Wobbit beschäftigten Personals, soweit es unter den Umkleehäusern der Braunkohlenbrücke Verweigerung zu leiden hat, z. B. der Feiler, Schlauchzieher, Kohlenbahn-Wärter, wird auf 6 Stunden täglich herabgesetzt, solange die durch die Feilwerk-Verweigerung verursachten